

3,90 €

Europa einfach machen - einfach Europa machen?

Verleihung des Landespreises für Zukunftsforschung 2019

Festrede von Ulrike Guérot
Laudatio von Klaus Firlei

Arbeitspapiere der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) geben nicht notwendigerweise die Meinung der JBZ wieder, sie sollen vielmehr zur Diskussion anregen. Gesamtverantwortung: Mag. Stefan Wally, MAS. Der Druck dieses Arbeitspapiers wird ermöglicht durch Stadt und Land Salzburg. © 2020 JBZ Salzburg - ISBN 978-3-902876-46-1 <https://jungk-bibliothek.org/arbeitspapiere/>

Bisherige Arbeitspapiere

- Nr. 1/ David Röhler / Government 2.0
- Nr. 2/ Minas Dimitriou / Sport zwischen Inklusion und Exklusion
- Nr. 3/ Nimet Ünal / Migration und schulischer Erfolg
- Nr. 4/ Georg Gruber / Zukunftsvorstellungen junger AsylwerberInnen
- Nr. 5/ Achim Eberspächer / Jungk: Zukunftsforscher u. Führungszeichen
- Nr. 6/ Silvia Augeneder / Kommerzialisierung menschlicher Körperteile
- Nr. 7/ Bärbel Maureder / Der Salzburger IT Arbeitsmarkt
- Nr. 8/ Barbara Eder / Freiwilligentätigkeit in Österreich
- Nr. 9/ Silvia Augeneder et al / Diese Entwicklungen werden Salzburg bis 2030 prägen
- Nr. 10/ Reinhard Hofbauer / Lebensqualität als alternative Zielformel
- Nr. 11/ Sandra Filzmoser / Wohlbefinden und Engagement
- Nr. 12/ Edgar Göll / Governance-Modelle der Zukunft
- Nr. 13/ Martin Reindl / Die Patientenverfügung
- Nr. 14/ Iwan Pasuchin / Mediengestaltung als demokratische Erfahrung
- Nr. 15/ Katharina Gammer / Robert Jungk, die frühen Jahre
- Nr. 16/ Andreas Pfützner / Robert Jungks Leben in Salzburg
- Nr. 17/ Luisa Pichler / Robert Jungk und die Anti-Atomkraft-Bewegung
- Nr. 18/ Christian Schwendinger / Zukunftswerkstätten
- Nr. 19/ Michael Vereno u. Blake Giragos / Rezeption Robert Jungks in den USA
- Nr. 20/ Ernestine Depner-Berger u. Stefan Wally / Abschied von politischer Teilhabe
- Nr. 21/ Erich Mild / Energiepolitische Ziele Salzburg
- Nr. 22/ Helga Embacher / Robert Jungks Judentum
- Nr. 23/ Ulrike Kammerhofer / Regionale Identität
- Nr. 24/ Peter Emberger / Zur Rezeption von Robert Jungk in Österreich
- Nr. 25/ Robert Jungk / Zitatesammlung
- Nr. 26/ Silvia Augeneder et al / Salzburg morgen
- Nr. 27/ Elmar Altvater / Was uns Robert Jungk auf den Weg geben kann
- Nr. 28/ Wiebke Claussen et al / Die Kunst der Partizipation
- Nr. 29/ Erich Mild et al / Salzburg morgen. Update 2014
- Nr. 30/ Christian Resch / Immobilienerbe und Lebensqualität
- Nr. 31/ Thomas Lehner / Welche Kriterien entscheiden über die Chancen der Kinder
- Nr. 32/ Fabian Habersack / Zur Bedeutung nationaler Identität in Salzburg
- Nr. 33/ Att Lanz / Wie autoritär denkt Salzburg?
- Nr. 34/ Ewald Hiebl, Stefan Wally / Das Zukunftsdenken bei Robert Jungk und Leopold Kohr
- Nr. 35/ Andreas Weiss / Der unliebsame Gesprächspartner
- Nr. 36/ Minas Dimitriou / Wir und unser Körper
- Nr. 37/ Birgit Bathic-Kunrath, Hans Holzinger, Stefan Wally (Hg.) / Zukunft Migration
- Nr. 38/ Dagmar Baumgartner, Hans Holzinger / Flüchtlinge im Dialog.
- Nr. 39/ Marietta Oberrauch, Stefan Wally / Salzburg Zukunftsmilieus
- Nr. 40/ Dagmar Baumgartner, Markus Pausch, Stefan Wally / Politische Bildung in Salzburg
- Nr. 41/ Thomas Roithner / Europa Macht Frieden
- Nr. 42/ Eva Frisch, Nikolina Sokic / Lokale Akzeptanz und Windenergie
- Nr. 43/ Wolfgang Aschauer, Janine Heinz / Autoritäre Einstellungen in Salzburg
- Nr. 44/ Judith Brandner, H. Holzinger, Yuji Wakao / Strahlen aus der Asche – Briefe von Kaoru Ogura an Robert Jungk
- Nr. 45/ Hans Holzinger, Walter Spielmann, Reinhard Geiger / Who was Robert Jungk?
- Nr. 46/ Sarah C. Dingler, Corinna Kröber / Warum sich der Gender Gap durch den Reißverschluss nicht schließen lässt
- Nr. 47/ Michael Girkingner / Warum wollen wir uns selbstoptimieren?
- Nr. 48/ Markus Pausch et al / Politische Bildung in Salzburg. Gesamtbericht.
- Nr. 49/ Hans Holzinger / Wann lernen Gesellschaften?
- Nr. 50/ Birgit Bahtic-Kunrath, Stefan Wally / Die Macht geht vom Volk aus. Politische Partizipation in Salzburg 1900.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	
Der Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung 2019	4
Klaus Firlei	
Warum Ulrike Guérot	
den Landespreis für Zukunftsforschung erhält	
Laudatio	5
Ulrike Guérot	
Europa einfach machen - einfach Europa machen?	
Festvortrag	17
Liste der bisherigen	
Trägerinnen und Träger des Landespreises	34

Einleitung

Der Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung

Verleihung am 13. November 2019

Die Politikwissenschaftlerin und Europavordenkerin Ulrike Guérot erhielt auf Vorschlag der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen den Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung 2019. Weit über hundert Interessierte folgten der Preisverleihung am 13. November 2019 im ORF-Publikumsstudio Salzburg. Die Laudatio hielt em. Univ. Prof. Dr. Klaus Firlei. Ulrike Guérot stellte ihre Dankesrede unter das Motto „Europa einfach machen“. Den mit 7.500 Euro dotierten Preis überreichten Landesrätin Andrea Klambauer und Landeshauptmannstellvertreter Heinrich Schellhorn.

Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ulrike Guérot ist Politikwissenschaftlerin, lehrt an der Donauuniversität Krems und leitet dort das Department für Europapolitik und Demokratieforschung. Sie ist Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Vereinigungen zum Thema Europa. Große Wirkung geht von ihren breit rezipierten Büchern aus. Ihr jüngst erschienenen Werk trägt den Titel „Was ist die Nation?“; ein Essay, der an den kurz vorher erschienenen Essay „Wie hältst du es mit Europa?“ anschließt. Breit wahrgenommen wurde auch ihr Buch „Warum Europa eine Republik werden muss. Eine politische Utopie“ (2016) sowie „Der neue Bürgerkrieg – das offene Europa und seine Feinde“ (2017).

Der Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung wird alle drei Jahre vom Land Salzburg auf Vorschlag der Robert-Jungk-Bibliothek nach Beschluss der Salzburger Landesregierung an eine Persönlichkeit vergeben, „die sich in herausragender Weise um zukunftsweisende Ideen verdient gemacht hat.“

Klaus Firlei

Warum Ulrike Guérot den Landespreis für Zukunftsforschung erhält Laudatio

Herr Landeshauptmann, Frau Landesrätin, Herr Landesdirektor, liebe Mitglieder des Kuratoriums der Robert-Jungk-Bibliothek sowie unserer hoch qualifizierten Jury, liebe Europäerinnen und Europäer und nicht zuletzt liebe Drittstaatenangehörige, die Sie von der EU mit grundlegenden Rechten ausgestattet wurden. Es ist eine unlösbare Aufgabe, sehr geehrte Frau Guérot, Ihr Werk angemessen in seiner ganzen Breite, Vielfalt und Wirkungsmächtigkeit zu würdigen. Es ist also zum einen eine höchst undankbare, aber gleichzeitig sehr ehrenvolle Aufgabe, den Blick auf einige wenige Ihrer Gedankengänge zu lenken und damit unsere Überlegungen zusammenzufassen, Sie für diesen Preis vorzuschlagen.

Ich darf zu Beginn einen Ihrer prominentesten Mitstreiter zitieren, Robert Menasse, der anlässlich seiner übrigens gedruckt vorliegenden Rede zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge einleitend angemerkt hat: „Es ist 5 vor 12.“ Und ein zweites Zitat, auf das Sie in ihren Werken mehrfach hingewiesen haben, stammt von Jean-Claude Juncker. Treffender kann man das Dilemma Europas kaum auf den Punkt bringen: „Wir wissen, was in Europa zu tun ist, aber wir können es nicht.“ Damit sind wir mitten im Thema, bei Ihren Themen, die das Spannungsfeld zwischen dem, was notwendig ist und dem was in der Realität passiert, so grell ausleuchten: Die Union liefert derzeit nicht das, was ihre Bürger von ihr erwarten können.

Sie, liebe Frau Guérot, bekommen heute verdienstermaßen einen der angesehensten Preise, die in der Zukunftswissenschaft vergeben werden. Die eigentlichen Preisträger sind aber wir, deswegen, weil wir heute über Ihre Werke, die den Kern der europäischen Herausforderungen offenlegen und Salz in die Wunden des europäischen Dilemmas streuen, diskutieren können. Die intellektuelle Faszination, die man dabei erlebt, auch in Form von leidenschaftlichen Kontroversen, wurde schon heute Nachmittag bei einem Workshop in den Räumen der Robert-Jungk-Bibliothek offenbar. Und

heute Abend werden Sie uns mit einem mit großer Spannung erwarteten Referat beschenken. Also, ich bleibe dabei: Ihr Preis ist auch ein Geschenk an uns.

Sie gehören zu jener kleinen, auserlesenen Gruppe von Personen, die sich auf höchstem intellektuellem Niveau, auf der Basis von Befunden und wissenschaftlichen Theorien, mit der Zukunft unseres Kontinents beschäftigen, zusammen mit so herausragenden Denkern wie Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Streek, Aleida Assmann, Fritz Scharpf und, um auch einen Österreicher zu nennen, Lukas Oberndorfer, der in Wien großartige Arbeit hinsichtlich der Transformationserfordernisse und Reformschranken der Union liefert.

Ich glaube nicht an schicksalhafte Symboliken, aber es ist schon sehr bemerkenswert, dass Sie, ich würde sagen, „ausgerechnet“ in Österreich lehren und dass diese Veranstaltung heute und hier stattfindet: In einem Jahr, in dem sehr viel auf dem Spiel steht und in einem Land, das an die Zukunft Europas nur sehr halbherzig glaubt. Österreich verfolgt derzeit in der Europafrage einen Schlingerkurs. Das politische Verhalten unserer Repräsentanten ist hoch ambivalent. Verbale Bekenntnisse und reales Handeln decken sich nicht. Das Diskussionsniveau hat sehr viel Luft nach oben, der Rat der Vordenker findet kein Gehör. Es ist schon ein massiver Keulenschlag für Europäer mit österreichischer Staatsbürgerschaft, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass sich Österreich in Bezug auf die berühmtesten fünf Optionen des Weißbuchs über die Zukunft Europas vom 1. März 2017 für die Option einer Renationalisierung und einer Verstärkung der Subsidiarität entschieden hat. Das ist, wie in Ihren Büchern, liebe Frau Guérot, stringent nachgewiesen wird, ein Weg in die Desintegration und in die globale Bedeutungslosigkeit unseres Kontinents. Die damit zum Ausdruck kommende Ignoranz und Hybris, zu glauben, man könne auf die Befunde und Schlussfolgerungen von Fachleuten verzichten – das gilt für die Klima-Frage, die Frage der Biodiversität und für Verteilungsfragen und eben auch für die Frage der künftigen europäischen Verfassung – ist niederschmetternd.

Ich darf nun einige jener Gründe nennen, die dazu geführt haben, Sie aus einer nicht gerade kleinen Zahl von hoch qualifizierten Kandidat*innen für diesen Preis auszuwählen und vorzuschlagen. Einer ganz wichtiger ist, dass

sie zu jenen Wissenschaftler*innen gehören, die nicht nur Wissenschaft im Elfenbeinturm betreiben oder sich an der Vollziehung von Drittmittelprojekten abarbeiten, sondern dass Sie als engagierte Intellektuelle auch politische Vorschläge machen. Dazu hätte wohl ein genervter Kaiser wie seinerzeit 1848 gesagt: „Ja dürfen's denn des?“. Ja, sie dürfen es nicht nur, es ist die wissenschaftsethisch eine unverzichtbare Aufgabe der öffentlich finanzierten Wissenschaft, wegweisende Leuchttürme aufzuzeigen, knallharte Befunde darzulegen, stringente Folgen-Analysen vorzulegen und der demokratischen Öffentlichkeit zu sagen, was Sache ist. Ich habe Sie, Frau Guérot, vor kurzem in einer Diskussion im ORF erlebt, in der Sie mit der Ihnen eigenen Klarheit gesagt haben: „Ich bin keine Politikerin, ich bin Wissenschaftlerin.“ Die Wissenschaft hat, gerade auch in der Tradition von Robert Jungk, die Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit und dem Gemeinwohl, Wenn-Dann-Aussagen zu treffen, Systeme von Implikationen von Handlungen und Unterlassungen zu entwickeln. Wenn A nicht passiert, dann sind die Folgen B und C zu erwarten. Wenn es keine europäische Republik gibt, wenn es keine umfassende europäische Staatlichkeit gibt, dann ... Die europäische Integration ist eben weithin keine Frage von Meinungen und Wertungen. Es gibt wissenschaftlich fundierte Theorien über Integrationserfordernisse und die Folgen ihrer Missachtung. Es gibt Problematiken, die jenseits von „Wertungen“ und „Meinungen“ zu lösen sind, über die nicht verhandelt werden kann. Für einen solchen politiknahen wissenschaftlichen Ansatz stehen Sie mit Ihrem Werk, und damit für eine Wissenschaft, die im buchstäblichen Sinne des Wortes „Weg“-weisend ist. Auch für diese oft sehr exponierte und die Mächtigen herausfordernde, mithin sehr mutige Arbeit werden Sie heute mit dem Zukunftspreis des Landes Salzburg ausgezeichnet.

Ein weiterer Grund für die Auszeichnung wird bei so manchen von Ihnen hier im Saal auf Skepsis stoßen: Eines Ihrer Hauptwerke, „Warum Europa eine Republik werden muss“, das hochverdient eine sehr hohe Auflage erreicht hat, trägt die Unterüberschrift: „eine politische Utopie“. Der Begriff Utopie hat für viele einen problematischen Beigeschmack. Einer der Teilnehmer am Workshop heute Nachmittag wies darauf hin: „Ja, Frau Guérot, aber das ist halt Utopie.“ Klar, wer Marx und Engels gelesen hat, der weiß, wie hart diese gegen die utopisch orientierten Früh-Sozialisten argumentiert haben. Utopie ist manchmal mit Bemühungen assoziiert, ein

schönes pastellfarbenes Bild der Zukunft auszumalen, es geht um Atlantis, den Sonnenstaat, die kommunistische Idee von Luxus für alle. Ein bisschen war ja auch das Projekt des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats eine Utopie, nämlich eine Art Schlaraffenland, zwei Wochenstunden Arbeit, 33 Wochen Urlaub und eine Verdreifachung des Realeinkommens.

Es gibt verschiedene Arten von Utopien. Bei Ernst Bloch findet sich der Gedanke, dass es Zeiten gibt, in denen die Gesellschaft mit etwas grundlegend Neuen schwanger ist, was in eine Geburt mündet, die ein qualitativer Sprung nach vorn in der Entwicklung der Zivilisation ist. Ihr Utopie-Begriff, sehr geehrte Frau Guérot, ist demgegenüber ein ganz raffinierter und in gewisser Weise auch ganz neuer. Er steht für den Ansatz, dass es so etwas wie notwendige Utopien gibt. Eine solche notwendige Utopie besteht darin, dass wir nur mehr die Wahl zwischen Utopie und Dystopie haben. Wenn wir das Neue Europa nicht realisieren, zeichnen sich als Folgen Zerfall, Gewalt, wirtschaftlicher Niedergang, zerrissene Gesellschaften und letztendlich so etwas wie failed states ab. Vorbei sind leider die Zeiten, in denen sich alles quasi automatisch, mit Hilfe von Wachstum und Produktivitätsentwicklung nach oben entwickelt hat. Wir stehen heute vor derart extremen Herausforderungen, dass utopisches Denken zur Notwendigkeit wird. Wenn wir das nicht erkennen und umsetzen, geraten wir in Situationen, die äußerst schwierig werden und in einer zivilisatorischen Katastrophe enden könnten. Der hybride Utopie-Begriff, den Sie verwenden, der Entwurf und Notwendigkeit in sich vereint, und der das Ziel einer großen Transformation Europas vom heutigen Status in eine neue verfassungsrechtliche Qualität, in das, was Sie die europäische Republik nennen, umschreibt, ist ein ganz großes Verdienst Ihres Werkes.

Ich komme nun zu Passagen in ihrem Werk, die ich als äußerst beklemmend empfunden habe. Um sie zu lesen, braucht man wirklich starke Nerven. Wenn sie sich heute draußen am Büchertisch Bücher von Ulrike Guérot gekauft habe, würde ich Ihnen empfehlen, schieben Sie jedenfalls die Lektüre des Buches „Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde“ aus Gründen eines guten Schlafes auf morgen auf. Zynikern würden dazu wohl sagen: Frau Professor, wo bitte sehen Sie denn im Europa von heute einen Bürgerkrieg? Welche Phantasien treiben dabei sie

an? Wir haben doch von Randerscheinungen abgesehen eine relativ friedliche Gesellschaft, in der die Menschen, auch die „Klassen“, auch Kapital und Arbeit, auch die Spitzenpolitiker und die Bevölkerung grosso modo gut miteinander können. Warum also haben Sie einen so panischen Untertitel gewählt?

Um das zu verstehen, ist darauf zu verweisen, dass man sich die Hintergründe anschauen muss, dass man feine Sensoren einsetzen muss, um zu erfassen, was sich im Untergrund der Gesellschaft, in den Tiefen der Gesellschaft, in den Abgründen jenseits der Fassaden entwickelt. Sie, liebe Frau Guérot, verweisen in diesem Zusammenhang ganz zu Recht auf den Befund, dass Katastrophen wie der erste Weltkrieg oder der Nationalsozialismus nicht wie ein Asteroid auf die Erde niedergeprasselt sind, sondern sich im Zuge langer Entwicklungen gleichsam eingeschlichen haben, gewisse prägende und suggestive Meme hinterrücks und perfid in die Gehirne eingedrungen sind und auf diese Weise dann zu den bekannten Katastrophen geführt haben. In einer vergleichbaren Situation, in einer sich schrittweise aufbauenden Konfliktsituation, die zu einer Katastrophe führen kann, befinden wir uns derzeit in Europa. Sie stellen das ebenso brillant wie beklemmend dar. Sie verweisen auf Brechts Diagnose: „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.“ Sie erinnern uns an die Warnung von Antonio Gramsci: „Die Zeiten, in denen das Alte noch nicht sterben kann und das neue noch nicht werden kann, sind die Zeiten der Monster.“ Ja, diese Monster kriechen derzeit aus ihren Löchern, in Form von Hass-Postings, Abgrenzungen, Aggressivität, im Hochziehen von Grenzen, in Form von Ignoranz, Realitätsverweigerung, Verhöhnung der Sprache, auch einem Dahin-Leben in Saus und Braus, als ob es keine Zukunft gäbe. Da geht es nicht mehr nur um Randerscheinungen wie Pegida, Kellernazis, nationalistische Parolen, Aufbau von Feindbildern, explizit rechtsextremistische Vorfälle, da kocht leider noch mehr hoch. Es brodeln auch in der sogenannten „Mitte“, es steigen der Druck und die Frustration und damit auch die Aggressivität im Alltag der Menschen. Wenn solche Entwicklungen länger anhalten, gibt es, analog zu jenen gefährlichen „Systemdynamiken“, die hinsichtlich des Klimas und der Erderwärmung festgestellt werden, sogenannte Kipp-Punkte. Es kann dann ein einzelnes Ereignis, so wie Sie es heute auch in einem Interview mit einer Salzburger Tageszeitung

dargestellt haben, das komplexe System der Europäischen Union zum Kollaps bringen, etwa wenn Frankreich von der derzeitigen liberalen Regierung in eine rechtsradikale Regierung kippt. Dass solche Kipp-Punkte in einer Katastrophe enden können und dass die Monster ab einem bestimmten Punkt nicht mehr kontrollierbar sein könnten, das in dieser Deutlichkeit darzustellen ist ein weiteres Verdienst Ihres Werkes. Es soll an diesem Ort nicht unerwähnt bleiben, dass gerade in diesem Zusammenhang Stefan Zweig, der Protagonist eines geistig geeinten Europas, viele Ihrer Gedanken angeleitet hat.

Aber wie kommen wir da raus? Dazu entwickeln Sie, Frau Guérot umfassende Gedankengebäude. Nur so nebenbei angemerkt: Wenn man will und lächerliche fünf Millionen Euro her nimmt, und was ist das schon angesichts des europäischen Bruttosozialprodukts, dann haben wir in 6 Monaten eine ausformulierte neue europäische Verfassung, ein legislatives Wunderwerk für die nächsten Jahrzehnte, wasserdicht nach allen Kriterien von Vernunft und Zukunftsfähigkeit, die man nur heranziehen kann.

Ihr Gedankengebäude zur Europäischen Republik reagiert auf die bestehende dramatische Lage. Ich erinnere nochmals an Menasse: „Es ist 5 vor 12“. Ich erinnere nochmals an Claude Juncker: „Wir wissen was zu tun ist, aber wir können es nicht“. Ich erinnere nochmals an die lauenden Monster, die Sie mit Gramsci antizipieren. Da ballt sich etwas zusammen, das zu ignorieren pure Dummheit wäre. Der Handlungsdruck ist enorm hoch. Es ist völlig unmöglich, hier ihre vielen Gedankengänge, ihr komplexes Projekt samt den zugrunde liegenden Begründungen umfassend darzustellen. Ich möchte einen einzigen Gedankengang, der aus meiner Sicht in der Europawissenschaft, welcher fachlichen Provenienz immer, auch unter der äußerst ehrenwerten Zunft der Europarechtsexperten nahezu unbestritten ist, in den Vordergrund stellen: Es ist die Frage der Vertiefung der Union. Genau diese Frage darf heute nicht falsch entschieden werden. Österreich hat sich bisher, ohne ausreichende demokratische Debatte und ohne Konsultation des einschlägigen wissenschaftlichen Sachverständs für die Option Nummer 4 im Weißbuch zur Zukunft Europas entschieden. Dieser Weg will die Idee einer sich politisch mehr und mehr vertiefenden Union zurückzunehmen und der Union sogar Kompetenzen entziehen. Sie

soll sich nach diesem Modell auf einige wenige Dinge effizient konzentrieren, den Außengrenzen-Schutz, vielleicht auch die militärische Verteidigung, und nicht zuletzt die Aufrechterhaltung der neoliberalen Elemente der europäischen Wirtschaftsverfassung. Das ist genau das Gegenteil dessen, was notwendig, ja unverzichtbar ist. Die Vorlage eines Weißbuchs mit fünf völlig konträren Optionen war schon von der Methode her keine gute Idee der Kommission, aber wir wissen ja, unter welchem Druck die handelnden Personen stehen. Auf diese Weise wird die europäische Zukunft irgendwie wie ein Gasthausbesuch abgehandelt: es werden fünf Menüs angeboten, und Österreich wählt eben das Menü vier, das menu turistico, das das Billigste ist und dem traditionellen Geschmack folgt. Nein, zur Beantwortung der Frage nach dem künftigen Entwicklungsmodell der Union brauchen wir Wissenschaft, Weitblick, solide Kenntnisse der Systemdynamik im heutigen Kapitalismus und Szenarien, die über mehrere Jahrzehnte hinaus reichen. In der Wissenschaft ist weitgehend unbestritten, dass eine Zunahme an realer Integration, etwa der Aspekt, dass das Kapital beliebig über Grenzen fließen kann und alle ökonomischen, technischen ökologischen und sozialen Prozesse international hochgradig vernetzt sind, eine massive Zunahme an supranationaler politischer Gestaltungsmacht erfordern, wenn wir nicht auf eine Gesellschaft ohne Staat, ohne Gewerkschaften und ohne die Gegenmacht der Zivilgesellschaft zusteuern wollen. Die globalen und kontinentalen Prozesse haben ein Ausmaß von Interdependenz erreicht, dass Politik, Demokratie, Gestaltung nach Gemeinwohlkriterien, lebensqualitätsorientierte Zukunftspfade nach einem transnational organisierten Staat verlangen. Was wir haben, ob wir es wollen oder nicht, ist ein massiver und kurzfristig zu realisierender Integrationszwang. Wenn man diesen Befund missachtet, entsteht ein Ungleichgewicht, das allen europäischen Denkweisen über das Verhältnis von Staat und Markt widerspricht. Christlich-sozial zu denken heißt, für ein Gleichgewicht von Staat und Markt zu sorgen. Sozialdemokratisch zu denken heißt, ein Gleichgewicht von Staat und Markt, einen „organisierten Kapitalismus“ verfassungsrechtlich zu organisieren. Die Missachtung des Zieles einer zunehmend supranationalen Verfassungsstruktur in der EU bedeutet, dass die Gesellschaft an den Auswirkungen einer radikalisierten Marktwirtschaft mit allen ihren sozialen und ökologischen externen Effekten zugrunde geht. Das sollte eigentlich das ABC europäischer Politik sein. Es handelt

sich dabei um keine ideologische Frage, die man mit dem Hinweis abtun kann, man habe dazu eben eine andere Meinung. Meinungen haben sich der Vernunft unterzuordnen. Damit bin nun an einem Punkt angelangt; an dem ich mich zu ärgern beginne: In Artikel 1 des Unions-Vertrages steht genau das, was uns Frau Guérot mit anderen Vordenker*innen zuruft: Das Ziel ist eine "ever closer Union." Dieses Ziel ist zwar nicht rechtlich durchsetzbar, aber diese Generalmaxime der Union sieht eine ständige Vertiefung und letztlich eine umfassend und breit staatlich organisierte politische Union vor. Diese Ausweitung der politischen Kompetenzen der Union muss folgerichtig Hand in Hand mit einer Demokratisierung gehen. Entscheidungsprozesse nach einem Muster zu organisieren, wie wir es derzeit haben, nämlich starke nationalstaatliche Kompetenzen, einen Rat, in dem die Nationalstaaten regieren, noch dazu mit weiten Bereichen, in denen einstimmig entschieden werden muss, das funktioniert dann nicht mehr. Wenn man mehr Politik in der EU haben will, etwa mehr Sozialpolitik, Ökologiepolitik, Gesundheitspolitik, Technikpolitik, dann muss das auf europäischer Ebene demokratisch organisiert werden. Genau dazu brauchen wir eine echte Republik, weg vom derzeitigen System einer Assoziation von Nationalstaaten, in dem Luxemburg, Polen oder auch Österreich zB die europäische Budgetpolitik oder eine europäische Asylpolitik begründungslos blockieren können. Ganz auf dieser fatalen Line liegt die derzeitige österreichische Position, man wolle das Einstimmigkeitsprinzip deswegen nicht aufgeben, weil dies den Verlust der Vetomacht nach sich zieht. So kann das Europa der Zukunft nicht funktionieren. Daran zeigt sich nun auch, dass man Europa auch auf eine sehr raffinierte Weise und durch mehrheitsfähige und nicht radikal eingefärbte Strategien kaputt machen kann. Sie, sehr geehrte Frau Guérot, beschreiben genau das eindringlich, und auch dafür gebührt Ihnen Anerkennung: Auch die politische Mitte kann Europa zerstören. Eine Mitte etwa, die nach dem Motto agiert: Ich fahr nach Brüssel und stimme z. B. gegen Projekte einer europäischen Asylpolitik, und dann fahr ich nach Wien zurück und beklage, dass die EU nichts weiter bringt. Ganz ähnlich funktioniert auch die Masche, unionsrechtswidrige politische Projekte wie die Aliquotierung der Familienbeihilfe zu forcieren. Kippt in der Folge (vorhersehbar) der EuGH solche Gesetze, punktet man politisch gegen die böse EU, deren Kompetenzen man daher

beschneiden sollte. Diese Spielchen beherrscht eine sich verbal zu den europäischen Werten bekennende politische Mitte inzwischen recht gut.

Ein zweiter Gedankengang aus den Milieus der politischen Mitte, der die Idee einer politisch schwachen Union beflügelt, baut auf die voll entfaltete Dynamik des Binnenmarkts und die europarechtlichen Grenzen für einen entwickelten Staatsinterventionismus. Unter diesen Verhältnissen gibt es nur einige wenige Gewinner: das Kapital, die Banken, die großen Unternehmen, die Reichen. Alle anderen brauchen echte europäische Politik und nicht Regulierungen des kleinsten gemeinsamen Nenners wie einen Bissen Brot. Der bloße Binnenmarkt entspricht dem klassischen Modell eines Nachtwächterstaates mit schwachen Kompetenzen in allen Bereichen, in denen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung politische Handlungsfähigkeit gefordert wäre.

Sehr geehrte Frau Guérot, einen Aspekt darf ich noch ansprechen, der mir größte Sorgen bereitet, gerade auch mit Blick auf Ihr Modell des künftigen Europa, das ja genau betrachtet, Sie verzeihen, ein revolutionäres Modell ist. Um nicht missverstanden zu werden: Revolutionär heißt ja nicht: Blut, Kampf, Barrikaden, Terror, Gesetzlosigkeit. Revolution ist vorerst nicht mehr und nicht weniger als ein weitgehender verfassungsrechtlicher Bruch mit der Vergangenheit, die Ingeltungsetzung eines grundlegend anderen Regelwerks des Staates. Ihre europäische Republik wäre ohne jeden Zweifel eine derartige Transformation. Mit Blick auf die jüngere Geschichte erschrickt man an dieser Stelle. Blicken wir auf die großen Transformationen und Veränderungen des letzten Jahrhunderts, etwa auf die die Gedenktage des Jahres 2019: Rosa Luxemburg wurde 1919 ermordet. Nach der Oktoberrevolution gab es Jahre, die geprägt waren von ungeheurer Gewalt, Verfolgung und Terror, schließlich den Gulag. Ja und dann wäre da noch unsere allseits geliebte französische Revolution, deren Kinder, Opfer, Folgen. Die Österreicherin Marie Antoinette, der gerade eine Ausstellung in Paris gewidmet ist, fand unter der Guillotine ein schnelles und wohl eher schmerzfreies Ende. Ich will damit darauf hinweisen, dass Revolutionen oft grausam sind und in der Gesellschaft tiefe Risse und Verwerfungen hinterlassen, die nicht mehr heilen können. Neue Verfassungen werden durchaus häufig auf diese Weise geboren. Es ist nicht immer so, dass ein System quasi friedlich implodiert. Liebe Frau Guérot, Sie wissen es so gut

wie ich, dass wir uns diesem Thema nüchtern stellen müssen: Wir, das sind Sie und ich und alle, die ein Neues Europa, eine europäische Republik, die Vereinigten Staaten von Europa, anstreben. Es kann aus ethischen wie aus funktionalen Gründen keine Revolution geben, die mit Blut, Tränen und Destabilisierung durchgesetzt wird. Wir leben in einer so komplexen Gesellschaft, dass wir mal schnell in einem kompletten Kollaps landen, wenn es zu Barrikaden, Straßenkämpfen, Bandenwesen, Polizeiterror, und Funktionsstörungen wichtiger Systeme kommt. Diese Form von Transformation geht schlicht gar nicht mehr. Sie sagen daher ganz in diesem Sinne, dass wir eine verfassunggebende Versammlung brauchen, in der beschlossen wird, die europäische Republik zu gründen. Einfach so, wie der Titel Ihres Referats von heute auch andeutet. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich mir jetzt herausnehme, als chronisch spröder Jurist zu sprechen, damit quasi mit zuständig für den hohen Wert des Rechtsstaats: Rechtlich ist diese so plausibel erscheinende Vorgangsweise der Gründung einer Europäischen Republik nicht vorgesehen. Angenommen, es würden in einem Referendum 99% der europäischen Bürger dafür stimmen, eine europäische Republik zu errichten: das geht schlicht rein rechtlich nicht. Um einen solchen Kraftakt zu legalisieren, brauchen Sie den Konsens aller Mitgliedstaaten. Es steht daher die bange Frage im Raum, wie man diese Schranke für einen potenziellen europäischen Volkswillen zur Gründung einer Europäischen Republik überwinden kann. Diese Frage erzeugt schwere Kopfschmerzen, wenn wir darüber ernsthaft nachdenken. Der Schlüsselbefund ist: Die EU verfügt über keine Transformationsklausel. Sie besitzt keine verfassunggebende Macht, die über den Konsens der einzelnen Staaten hinausgeht. Trocken ausgedrückt: Sie hat keine Kompetenz-Kompetenz. Hingegen hat es die österreichische Verfassung ermöglicht, eine bolschewistische Räterepublik genauso wie ein ultra-marktradikales Modell mit einem Nachwächterstaat zu etablieren, wenn auch über entsprechende Volksabstimmungen. Da gab es eine ganz große Offenheit, über die das derzeitige Regelungssystem der EU nicht verfügt. Kurz: Derzeit besteht ein unionsrechtliches Verbot, eine europäische Republik gegen den Willen auch nur eines Mitgliedstaates zu errichten. Wir müssen also nach nach dem archimedischen Punkt suchen, der es ermöglicht, aus der EU eine demokratische Republik mit allen sinnvollen Staatsfunktionen zu machen. Ich

bin mir ziemlich sicher, das wird das Thema eines Ihrer nächsten Bücher sein.

Nun muss ich aus Gründen des Respekts vor der gebotenen Zeitdisziplin zum Schluss kommen. Dabei kann es nur noch um eines gehen: Um eine herzliche Gratulation, die niemals aber so eindrucksvoll sein kann wie Ihr intellektuelles und wissenschaftliches Werk, wie Ihre Publikationen und Ihre Aktionen. Wäre Herr Juncker da, würde er das auf seine Art lösen: er würde sie wahrscheinlich küssen. Ich möchte einen anderen Weg gehen und unsere Anerkennung durch eine Bezugnahme auf den Gründer der Zukunftsbibliothek zum Ausdruck bringen, deren Gremien Sie für diesen Preis nominiert haben. Sie haben mit Robert Menasse und Milo Rau das „Balcony-Projekt“ ins Leben gerufen, eine großartige Aktion. Sie gipfelte in der Ausrufung der Europäischen Republik am 10.11.2018, nicht zufällig genau 100 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs. Die Idee mit dem Balkon war gerade in Österreich brillant. Wir haben ja Balkon-Auftritte verschiedenster Art erlebt und mögen ganz offensichtlich solche Proklamierungen. Liebe Frau Guérot, ich bin mir sicher, diese Aktion hätte unserem Robert Jungk ungemein gut gefallen. Die Seelenverwandtschaft, was Aktionen angeht, die große, ja existenzielle Fragen betreffen, liegt auf der Hand: Jungk, der wie Sie nicht nur Schreiber war, sondern immer auch Aktionist, etwa gegen die Aufrüstung, gegen die Atomwirtschaft, gegen den Vietnamkrieg, stand in Wackersdorf am Zaun. Mit dem Ausspruch „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ hat er in der Folge leichte Probleme bekommen. Das Strafverfahren, das weißt du besser als ich, lieber Walter Spielmann, wurde letztlich niedergeschlagen. Wie Sie, liebe Frau Guérot, war er ein weitblickender und mutiger Intellektueller, der nachgedacht und geschrieben, dann aber auch gehandelt hat. Das verbindet Sie mit Robert Jungk, aber auch mit einem anderen unserer Preisträger, mit Jean Ziegler und seinem Kampf gegen Hunger, aktuell seine Aufarbeitung der „Schande Europas“, er meint das, was sich derzeit auf den griechischen Inseln abspielt. Nebenbei sei erwähnt: Das Balcony-Projekt hat auch in Salzburg stattgefunden, mit den üblichen Verdächtigen, unter anderem mit den „Omas gegen rechts.“

Demnächst erscheint ein Band, in dem die Balkon-Szenen abgebildet sind und in dem das Manifest zur Gründung der Europäischen Republik in 30

Sprachen abgedruckt sein wird. Wer es erwirbt, oder auch mehrere Exemplare, der fördert damit das Projekt der Europäischen Republik.

Ich hätte sie natürlich gerne in Salzburg bei uns am Europa-Schwerpunkt der Universität. Ich darf Sie aber aus arbeitsrechtlicher Sicht nicht abwerben. Als Alternative wünsche ich mir Sie als vielleicht übernächste Kommissionspräsidentin. Wie gesagt, wir leben in der Zeit der Utopien. Ich danke Ihnen, dass sie da sind. Und Ihnen allen hier im Saal danke für das große Interesse an dieser Veranstaltung. Ich denke, dass viele von Ihnen erkennen, dass es thematisch heute „um alles“ geht: Die Konfigurierung und Realisierung einer transnationalen Demokratie ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Zeit. Sie, Frau Guérot, bringen diese Diskussion wie keine andere Person voran, mit treffenden Worten und bedenkenswerten Argumenten. Erfreulicherweise ist mit dem Landespreis ein Vortrag der Preisträger*innen verbunden, auf den wir uns nun besonders freuen.

Ulrike Guérot

Europa einfach machen - einfach Europa machen? Festvortrag

Sehr geehrte Frau Landesrätin Andrea Klambauer und sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Heinrich Schellhorn in Vertretung des Landes Salzburg, sehr geehrter Herr Univ. Prof. Dr. Klaus Firlei Vorstandsvorsitzender der Robert-Jungk-Stiftung, sehr geehrte Jurymitglieder, sehr geehrtes Team der Robert-Jungk-Bibliothek, namentlich Geschäftsführer Stefan Wally und Hans Holzinger, sehr verehrte Festgemeinde!

Mein erstes Wort soll „Danke“ sein: einen großen Dank an das Land und die Stadt Salzburg, an die Jury und an alle Beteiligten, die den Salzburger Zukunftspreis ausloben und die vielen, vielen Schritte in die Wege leiten, die so einer Verleihung führen! Ich stehe nun hier als Geehrte vor Ihnen und nehme diese Ehrung mit großer Freude und – stellvertretend für mein gesamtes Team an der Donau- Universität – in großer Dankbarkeit - an!

Dies um so mehr, als dass mich mindestens drei schöne Erinnerungen mit Salzburg bzw. dem Salzburger Land verbinden. Die erste davon spielt 1979, ich war sechzehn Jahre und zum ersten Mal alleine mit meiner Freundin mit einem sogenannten Tramper-Monatsticket durch Deutschland mit dem Zug unterwegs. Und da meine Eltern zeitgleich mit meinem jüngeren Bruder im schönen Salzburger Land urlaubten, und man mit diesem Deutschland-Ticket den ersten Bahnhof nach der „Grenze“ noch umsonst anfahren durfte, fuhren meine Freundin Uschi und ich nach Salzburg, um die Familie zu treffen. Es folgte ein gemeinsamer Abend in einem Gasthof, an dessen Ende Salzburger Nockeln bestellt wurden, fünf Mal, also für jeden eine Portion. Gegen den wohlmeinenden Rat des Kellners – nämlich vielleicht nur zwei oder drei Portionen für alle zu nehmen – verteidigten wir diese Bestellung, nur um dann, als die Salzburger Gebirgsketten aus Eischaum uns dann am Tisch erreichten, dem Kellner Recht geben zu müssen: noch heute sehe ich mich durch den Gasthof tingeln, um allen Gästen an den Nachbartischen Nockeln anzubieten.

Die zweite Erinnerung, vielmehr Verbindung zu Salzburg ist, dass mich die Liebe einmal fast nach Salzburg entführt hätte. Doch sie ist flüchtig, wie man weiß, und es kam anders. Aber natürlich treibt es einem ein besonders Schmunzeln auf die Lippen, wenn man rund zwanzig Jahre später den Zukunftspreis des Landes Salzburg erhält.

Dass ich bei Ihnen in den Bergen regelmäßig schöne Momente des Skilaufens – 2006 allerdings auch einmal ein paar Nächte in einem Ihrem Spitaler – verbracht habe, wird Sie wahrscheinlich nicht verwundern. Und dass ich ohne Mozart nicht leben könnte, der ein ständiger Begleiter auf meinem iPad und in den Kopfhörern ist bei Zugreisen quer durch Europa und in Hotelzimmern, brauche ich – glaube ich – nicht zu betonen. Wer kann ohne Mozart leben?

Kommen wir von Salzburg zu Europa und helfen dabei soll uns der Salzburger Ökonom Leopold Kohr, der alles, was ich seit einigen Jahren zu schreiben und sagen versuche, in den 1970er Jahren in „Das Ende der Großen“ schon einmal geschrieben und gesagt hat. Und vor ihm z.B. Montesquieu, nämlich, dass nur die „Föderation der kleinen Föderation“ ein erfolgversprechendes politisches Konzept für Gemeinwesen ist. Und dass ein politisches Gebilde größer als Salzburg nicht regierbar ist.

Nichts ist also neu unter der Sonne! Dies sei jenen gesagt, die die Europäische Republik, meine Idee für das überfällige Neudenken Europas – jene Idee, für die ich wahrscheinlich mit Ihrem Zukunftspreis geehrt werde - immer noch für eine Utopie halten. Im Gegenteil ist sie wohl die älteste Idee, Europa politisch zu einen. Schon 1852 rief Victor Hugo vor der französischen Nationalversammlung „Un jour, on l’aura, cette immense chose, la République Européenne“. Es geht mit der Europäischen Republik also nicht um eine Utopie, sondern offensichtlich um eine Idee, die seit langem in der Latenz liegt, und die immer wieder in mehr oder eruptiven Bewegungen der europäischen Geschichte zur Geltung kommen möchte. Und von Viktor Hugo bis Leopold Kohr hat dieses Konzept einer politischen Organisation von Europa mit Nationalstaaten, wie wir sie heute kennen, nicht viel zu tun: Im Gegenteil geht es darum, europäische Regionen auf der Basis der Rechtsgleichheit aller europäischen Bürger*innen zu einer europäischen Einheit zu fördern und damit sowohl die Rolle der Bürger*innen als auch diejenige der Regionen im politischen System Europas

zu stärken. Die Frage ist darum nicht, ob wir die Idee einer Europäischen Republik als innovativ oder radikal diskutieren. Sondern vielmehr, ob wir es heute schaffen, dieser alten Idee von der Organisation des europäischen Kontinentes als „Föderation kleiner Föderationen“ jenseits nationaler Grenzen endlich zum politischen Durchbruch zu verhelfen – bevor in Europa weiteres Unheil passiert.

In den kommenden Minuten möchte ich Sie gerne davon überzeugen, dass wir genau das tun sollten, nämlich eine Europäische Republik zu begründen, und zwar bald. Bevor ich in knappen Sätzen skizzieren werde, wie diese Europäische Republik im Einzelnen aussehen und wie wir zu ihr gelangen könnten, möchte ich die Dringlichkeit deutlich machen, die uns zum Handeln, zum Mut, zum Neudenken mit Blick auf Europa motivieren sollte – also dazu, dass wir Zukunft denken, uns ausmalen und aktiv ausgestalten. Gerade darum freue mich über diesen „Zukunftspreis“ des Landes Salzburgs, weil ich ihn auch als Würdigung einer Idee verstehen möchte, gleichsam als Zeichen dafür, dass die Idee einer Europäischen Republik keine Utopie bleiben muss, wenn wir mit der politischen Überzeugungsarbeit beginnen, nämlich, dass die Europäische Republik eine machbare, eine gute und plausible Idee für die Neuorganisation des europäischen Kontinentes ist - und dass es möglich ist, diese Idee in die politische Realität zu holen.

Ich fühle mich aber mit diesem Drängeln für eine Europäische Republik – ohne mich vergleichen zu wollen – oft ein bisschen wie Greta Thunberg – die uns sagt: bitte schnell, wir haben nicht mehr so viele Jahre, die Polarkappen schmelzen. 2050 für die Klimaneutralität Europas mag zu spät sein. Wir wissen aus der Forschung, dass Frauen, die zum politischen Handeln drängeln, zumal Frauen, die dabei emotional werden, politisch gemieden werden. Zur weiblichen Hysterie ist es dann nicht mehr weit. Das Wort, das durch den weiblichen Mund kommt, hat immer noch nicht das gleiche Gewicht wie das männliche, daran hat sich seit Marie Curie trotz aller Gleichstellungsmaßnahmen wenig geändert. Vor allem aber werden die Überbringer schlechter Nachrichten, die Boten von Hiobsbotschaften, das wissen wir seit den alten Griechen, meistens hingerichtet, denn das sogenannte Volk kann mit schlechten Nachrichten nicht umgehen. Ich habe beschlossen, dass mich beides in den nächsten 30 Minuten nicht stören soll.

Ich habe – seien Sie mir nicht böse – nur diese Rede, um Sie, ggf. die Salzburger Nachrichten oder APA aufzurütteln.

Denn es ist meine feste Überzeugung, dass es um die EU – unseren bisherigen Garanten von Frieden, Freiheit und Prosperität in Europa – politisch nicht gut bestellt ist. Und das ist noch höflich formuliert. Mit dieser Meinung stehe ich nicht allein und zu ihrer Erhärtung reicht ein alltäglicher Blick in die Zeitung. Utopisch ist also nicht, wer Europa schleunigst neu denken möchte. Utopisch ist, wer denkt, dass die EU, so, wie sie ist, stabil ist und erhalten werden kann. Es gibt die alltäglich schlechten Nachrichten, die uns erreichen, z.B. dass die spanische Vox-Partei – für die ‚populistisch‘ ja fast ein Kosewort ist, man müsste sie eher „Francistisch“ nennen – bei den Wahlen am vergangenen Sonntag mal eben ein passant ihr Wahlergebnis verdoppeln konnte. Daneben aber gibt es die vielen schleichenden Dinge, die nicht einmal mehr groß erwähnt werden bzw. es nicht in unsere Nachrichten schaffen: die durchaus autoritäre Polizeigewalt z.B., mit der die griechische Polizei vorgestern in Athen gegen demonstrierende Studenten der Wirtschaftsfakultät vorgegangen ist. Die neue Regierung der Neo Demokratia „greift durch“, um es so zu formulieren. Ich vermute, Sie haben die Bilder nicht gesehen, denn Sie wurden nicht gesendet. Sicherlich wird Ihnen – wie den meisten – auch entgangen sein, dass seit genau letztem Montag das Rassemblement Nationale in Frankreich zum ersten Mal vor Macron in den Umfragen für die französischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2022 liegt. Mit einem halben Prozentpunkt nur. Und natürlich kann sich bis dahin noch viel ändern. So lauten die üblichen Besänftigungsformeln. Hoffen wir es. Doch wenn Sie meine Dringlichkeit verstehen wollen, dass sich in Europa, in der EU etwas ändern muss, und zwar schnell und fundamental, dann nehmen sie jenen Mai 2022 als Deadline: Wenn Frankreich „fällt“, dann „fällt“ Europa, das dürfte jedem, der denken kann, klar sein. Es sind noch 18 Monate bis zu den französischen Präsidentschaftswahlen.

Meine Damen und Herren, meine Redezeit reicht nicht, um eine ausgiebige Tour d’ Horizont zu machen, was sonst noch alles in der EU und in ihren Mitgliedstaaten nicht funktioniert bzw. sich politisch zusammenbraut, während wir (mit „wir“ meine ich cum grano salis einmal alle, die um den Zustand Europas zutiefst besorgt sind) weitgehend ziel- und planlos immer

noch davon reden, dass wir die EU gegen die Populisten verteidigen müssen. Ich halte das seit langem für das dümmste Argument, nicht nur wegen der eigenen moralischen Überhöhung und Kritikunfähigkeit. Der Soziologe Heinrich Popitz hat uns bereits 1972 in seinen ‚Phänomen der Macht‘ eindringlich klar gemacht, dass in einem politischen Raum diejenigen, die nur etwas Bestehendes verteidigen wollen, gegen diejenigen, die etwas Neues anbieten, immer verlieren, und zwar ganz egal, ob das Angebotene Unfug oder gar schäbig. Die Populisten gewinnen nicht, weil sie toll sind oder mit ihren Forderungen Recht hätten. Oder weil das, was sie politisch anbieten – ein Euro-Austritt zum Beispiel – machbar wäre oder Probleme lösen würde. Oder weil ihre Sehnsucht nach unwiederbringlich Verlorenem Ausdruck politischer Klugheit wäre. Im Gegenteil. Darum ist ihr politisches Angebot so verlogen. Was sie stattdessen anbieten, ist die Sicherheit des totalitären, repressiven Autoritarismus, der aber etwas Anderes als das Bestehende ist. Und genau das ist Politik, nämlich etwas anderes als das Bestehende anzubieten.

Populismus bekämpft man darum nicht damit, dass man Populisten den Mund verbietet, sondern mit einem Ziel. Und so versteht sich meine Idee von Europa als Republik genau als das: als eine Alternative zur Alternative, als Skizze eines demokratischen und sozialen Europas, mit dem eine Mehrheit von Bürger*innen wieder von Europa überzeugt werden könnte, davon überzeugt, dass Europa für sie persönlich gut ist. Denn viele, zu viele sind heute von Europa, von der EU enttäuscht und die Beschwörungsrituale auf das große Friedensprojekt, so richtig sie sind, helfen leider nicht mehr.

Vereinigte Staaten von Europa, das klingt nach „da oben“, nach Staaten, die irgendwo fern von mir Europa machen - oder eben auch nicht. Europäische Republik, das sind wir, das sind Sie und ich, wir alle: das ist das europäische Projekt in unserem Schoß, in unserer Verantwortung. Nicht in einer unkontrollierten direkten Demokratie natürlich, wie sie heute wieder en vogue ist, sondern in einem parlamentarisch-repräsentativen System in Europa, das aber den demokratietheoretischen Grundsätzen entspricht, die wir für unsere nationalen Demokratien nie in Frage stellen würden, z.B. das Initiativrecht des Parlaments.

Wir sind Europa, das hören Sie intuitiv in dem Begriff Republik, der Res Publica Europae, in der Sie, meine sehr verehrten Zuhörer*innen der Souverän sind und nicht ein EU-Rat, der alles entscheidet und das auch noch meistens über Nacht und ohne Transparenz. Europäische Republik, das bedeutet im Kern eine vollständige Parlamentarisierung des europäischen Systems, zugleich mehr Bürgernähe und eine stärkere Stellung der Regionen. Das ist im Übrigen keine Utopie: ein bürgernahes Europa, die volle Parlamentarisierung und mehr Mitwirkung für die Regionen, das hat auch der Spitzenkandidat der EVP, Manfred Weber, in seinem Wahlkampf gefordert. Auf diese beiden Ebenen – Republik und Regionen - zielt auch die Forschung an meinem Department: in dem Forschungsprojekt REGIOPARL unter der Leitung von Dr. Sarah Meyer untersuchen wir die Vorstellungen von Landtagsabgeordneten und ihre Vorstellungen von europäischer Demokratie. Demnächst werden wir mit der Feldforschung nach Bayern, wo wir gerade waren, nach Galizien und in der Bretagne sein. Ferner haben wir am Department für Europapolitik und Demokratieforschung der Donau-Universität – dafür bin ich meiner ausgezeichneten Mitarbeiterin, Assistenz-Professorin Dr. Elisabeth Donat, sehr dankbar – Studien zum semantisch-linguistischen Differenzial gemacht, mit denen wir zeigen können, dass der Begriff Europäische Republik eine viel höhere emotionale Resonanz im politischen Raum generiert als Vereinigte Staaten von Europa. Ich schlage darum vor, dass wir uns dieses positiven Resonanzbodens des Begriffes „Republik“ – des ältesten Begriffes in der europäischen Ideengeschichte seit Platon für politische Gemeinwesen – und zugleich der Regionen für die Neugestaltung des europäischen Projekts bedienen.

Die EU – sie wird oft als ein „Konstrukt“ bezeichnet, klingt für viele Unverständlich, abstrakt und darum abweisend. In der Tat weist die EU eine Reihe von demokratietheoretischen Fehlstellungen sowie eine Zementierung von wirtschaftspolitischen Mechanismen auf, die mit Blick auf ihre Legitimität für viele Bürger*innen Europas tatsächlich problematisch sind. Der europäische Populismus kann in vielerlei Hinsicht als eine Reaktion auf eine demokratisch unvollkommene EU gewertet werden. Sofern Sie am 19. Mai 2019 bei den Europawahlen wählen waren, dürfen Sie sich zurecht fragen, was aus Ihrer Stimme bzw. Ihrem Spitzenkandidaten geworden ist. Anstatt also die Populisten zu bezichtigen, wie wäre es, sich ihrer Kritik an

Europa anzunehmen? Die Liebe zum Eigenen beginnt mit der Fähigkeit zur Selbstkritik.

Und so muss gefragt werden, gefragt werden dürfen, ob der heutige Populismus, der das europäische Einigungswerk bedroht, vielleicht nur das Symptom, aber nicht das eigentliche Problem ist? Schauen wir auf den Brexit: Ist es wirklich so, wie uns erzählt wird, dass auf einmal viele Briten binnen Monaten zu sogenannten „Identitären“, also zu Nationalisten geworden sind, die ihre „Britishness“, ihre nationale Eigenständigkeit, gegen die EU verteidigen wollten? Oder haben ganz andere Gründe zum Brexit geführt, dessen Folgen sich nun unheilvoll für alle in Europa ankündigen?

Meine Damen und Herren, am 28. Januar 2016 (!) hat die EU-Kommission nach jahrelangen Auseinandersetzungen ihre Vorschläge für die Tax Avoidance-Direktive mit der Nummer 2016/1164 vorgelegt, die der EU-Rat – gegen massiven britischen Widerstand – am 20. Juni 2016 angenommen hat. Sie erinnern sich vielleicht: am 23. Juni, nur drei Tage später, fand das Referendum über den britischen EU-Austritt statt. Es wurde auch höchste Zeit. Denn am 25. Oktober des gleichen Jahres 2016 wurden in einem Arbeitspapier der EU-Kommission fünf rechtlich bindende Sanktionsmechanismen für Steuerhinterziehung festgelegt, die in allen Mitgliedsstaaten gegen aggressive Steuerpraktiken zur Anwendung kommen sollten. Im Internet gibt es glaubwürdige Schaubilder von britischen Unternehmensbeteiligungen, an denen etwa auch Cameron, Boris Johnson oder der „Hard-Brexitler“ Jacob Rees Mogg erhebliche Anteile halten. Und über die steuerlichen Verluste derselben, würde diese EU-Richtlinie zur gesetzlichen Praxis bei Steuerhinterziehungen im Vereinten Königreich zur Anwendung gekommen. Sie ist seit dem 1. Januar 2019 in Kraft. Die Strafverfolgung soll nach einer Übergangsfrist von einem Jahr nun zum 1. Januar 2020 beginnen. Verstehen Sie jetzt, warum der Brexit – koste es, was es wolle – buchstäblich um jeden Preis vor Jahresende 2020 vollzogen sein muss? Sicherlich werden Sie im Guardian gelesen haben, dass es derzeit das beliebteste Gesellschaftsspiel der Upper Class in London ist, ihr Geld ins Ausland zu schaffen, und zwar so, dass per Mausklick oder per Wisch auf dem Handy das Vermögen genau in jener Sekunde das Land verlässt, in dem sich möglicherweise am Abend des 12. Dezember ein Wahlsieg von Jeremy Corbyn abzeichnen sollte, der den Brexit wieder in Frage stellen würde.

Falls Sie nun hier einen möglichen Zusammenhang zwischen der europäischen Steuerdirektive und dem Brexit sehen sollten, dann wäre die Frage auf dem Tisch: Was bitte, meine Damen und Herren, heißt eigentlich Populismus? Wer sind die Rädelsführer dessen, was sich gerade als britische Tragödie vor unserer aller Augen abspielt? Wer treibt das britische Volk wohin? Und aus welchen Motiven? Darf vielleicht vermutet werden, dass die Motive für den Brexit nicht wirklich die Sorge um Britishness oder kulturelle Eigenständigkeit sind? Und nicht wirklich die Sorge um die Zukunft der pauperisierten Arbeiter im Nordwesten Englands?

Die liberale politische Theoretikerin Judith Shklar schreibt dazu, dass wir uns nicht uneins darüber sind, was ungerecht ist. Sondern dass wir nicht die Bereitschaft aufbringen, den Frieden und die Ruhe aufzugeben, den die Ungerechtigkeit anbietet. Dies würde bedeuten, dass nicht die Populisten, sondern eher unsere eigene Bequemlichkeit die eigentliche Bedrohung Europas ist. Anders formuliert: Vertun wir uns nicht in den Argumenten! Die populistischen Wähler sind nicht unbedingt gegen Europa. Auch Benito Mussolini war - es ist leider vergessen - für ein starkes Europa. Viva il Duce por una Europa forte, stand auf den Wahlplakaten seines Enkels, Cesare Mussolini, für die diesjährigen Europa-Wahlen, die man im Frühjahr 2019 an Bäumen in Turin hängen sehen konnte. Die sogenannten Populisten sind vielmehr gegen einen Liberalismus, der die europäischen Gesellschaften zunehmend zersetzt. Und diese antilibérale Haltung wird von politischen Rädelsführern instrumentalisiert, die selber am Liberalismus sehr gut verdient haben, wie mein Beispiel des Brexit zu dokumentieren versuchte.

1943 schrieb Walter Benjamin, „Der Faschismus versucht, die proletariserten Massen zu organisieren, ohne die Eigentumsverhältnisse anzutasten. Er sieht sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck, beileibe nicht zu ihrem Recht kommen zu lassen.“ Es ist tatsächlich wahrscheinlich sowohl billiger als auch einfacher, ein Referendum durchzuführen und mittels Cambridge Analytica auf Stimmenfang zu gehen, als eine EU-Steuerrichtlinie zu akzeptieren. Damit, meine Damen und Herren, habe ich mich – so hoffe ich – deutlich genug ausgedrückt. Als Politikwissenschaftlerin kann ich ganz wertfrei sagen, dass es – theoretisch wie praktisch – zwei Mög-

lichkeiten gibt, eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Die eine ist Solidarität. Die andere ist Gewalt. Und so empfehle ich Ihnen die britische Fernseh-Serie „Year after Year“, eine Art Extrapolation der britischen Politik nach dem Brexit, in der die sich zuspitzende soziale Krise in Großbritannien mehr und mehr durch Gewalt gelöst wird: wer aufbegehrt, wird verhaftet. Eine Art britische Realsatire, außer, dass einem das Lachen im Halse stecken bleibt. Sie können Popcorn dabei essen, wenn Sie es auf Netflix anschauen.

Meine Damen und Herren, dies ist eine Festspielstadt, und nichts steht mir ferner, als die Ästhetik dieser Stadt zu stören, Ihnen Angst zu machen oder mich durch das Zeichnen dystopischer Szenarien des Zukunftspreises des Landes Salzburgs als nicht würdig zu erweisen. Doch um sich eine andere Zukunft auszumalen, muss eine Gesellschaft, in diesem Fall die europäische, zunächst Konsens darüber erzielen, dass es so, wie es ist, nicht weitergeht. Und ich hoffe, dass meine Beispiele aus Großbritannien, Frankreich, Griechenland oder Spanien dafür deutlich genug waren. Man kann es nicht deutlich und nicht laut genug sagen: Ein „Weiter-so“ reicht für die EU nicht!

Wenn man loslässt, hat man bekanntlich zwei Hände frei. Und damit, meine Damen und Herren, möchte ich zum Zukunftsteil kommen, zu einer europäischen Zukunft jenseits der EU, genauer: zu einer Weiterentwicklung der EU, um zu einer besseren europäischen Zukunft kommen. Im Grunde geht es um das Prinzip der „schöpferischen Zerstörung“, das ja von dem berühmten österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter stammt. Hegel sagte, es muss etwas Altes sterben, damit etwas Neues werden kann. Um diesen organischen Prozess geht es heute auch bei Europa: Von der Knospe zur Blüte zur Frucht: Die Europäische Republik setzt auf die demokratische Fortentwicklung der Europäischen Union, auf ihre Komplementierung, damit die Populisten gerade nicht mehr an ihr herumkritteln können.

1912 formulierte niemand Geringeres als Max Weber vor dem Deutschen Soziologentag: „So kann man als Nation letztlich nur eine Gruppe von Menschen bezeichnen, die aus einer Gefühls-laune heraus beschließt, einen Staat hervorzutreiben.“ Das ist mein Denkangebot an Sie, meine Damen und Herren, mein Denkangebot für eine neue europäische Zukunft,

nämlich dass wir gemeinsam einen europäischen Staat hervortreiben, weil wir beschließen, weil wir fühlen, weil wir sicher sind, dass es so mit der EU nicht weitergehen kann. Und weil wir deswegen Europa einfach machen – oder einfach Europa machen. Was meine ich nun mit einfach?

In der Vergangenheit war viel von einem Europäischen Bundesstaat die Rede, auch die ÖVP unter Alois Mock hatte dieses Ziel im Parteiprogramm, bis es um die Jahrtausendwende herum aus den Parteiprogrammen gestrichen wurde. Das war der Moment, als nach dem gescheiterten Anlauf für eine europäische Verfassung 2003 jede institutionelle Ambition für die EU aufgegeben wurde. Mein Punkt - jenseits der institutionellen Ambitionslosigkeit – ist aber ein anderer: das föderale Prinzip eines europäischen Bundestaates müsste um das republikanische Prinzip der Rechtsgleichheit für alle europäischen Bürger*innen erweitert werden. Gestern noch ging es um europäische Integration und die politischen Akteure waren die europäischen Staaten. Heute aber geht es um europäische Demokratie, und deren Akteure sind die europäischen Bürger*innen selbst. Eine Demokratie aber hat die Rechtsgleichheit ihrer Bürger*innen zur notwendigen, wenn auch nicht hinreichenden Bedingung. Die meisten europäischen Staaten heute – ob Italien, Frankreich, Österreich, Deutschland oder Polen – sind als Republiken verfasst; aber nicht alle sind föderal aufgebaut. Das Republikprinzip, meine Damen und Herren, ist das übergeordnete Verfassungsprinzip. In Europa geht es heute, nach 60-jährigem Fokus auf die Föderation Europas, darum, das Republikprinzip auf Europa zu befördern und beide Prinzipien zu verschränken. Geht oder ging es bei den Diskussionen über einen europäischen Bundestaat immer nur um die Verteilung der Kompetenzen zwischen der europäischen Ebene und den einzelnen Ländern, so geht es beim Republikprinzip entscheidend um die Rechtsgleichheit aller Bürger*innen, ohne die keine politische Einheit - ganz egal, ob sie föderal organisiert ist oder nicht - bestehen kann: Rechtsgleichheit ist die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für jede Demokratie. Und Rechtsgleichheit bedeutet keinen Zentralismus. Österreich zum Beispiel ist in neun Bundesländern föderal organisiert, aber die österreichischen Bürger*innen sind gleich vor dem Recht, bei Wahlen, bei Steuern und bei sozialen Rechten. Sie teilen im Salzburger Land vielleicht noch nicht einmal die Identität oder den Dialekt mit Bregenz oder Wien, aber Sie teilen das österreichische Recht mit ihren Landesgenossen. Ähnlich in

Frankreich: die Korsen und die Bretonen teilen weder eine gemeinsame Sprache noch Identität. Aber sie teilen das Recht der französischen Republik. Genau so stelle ich mir das für die Europäische Republik vor!

Das europäische Motto der Einheit in Vielfalt kann darum nur heißen: normative Einheit bei kultureller Vielfalt. Und diese kulturelle Vielfalt, zurück zu Leopold Kohr, liegt in den Regionen, nicht in den Nationen. Sonst versuchen Sie mal, in Frankreich einen „nationalen Käse“ zu finden: Wäre es der Brie oder der Roquefort? Nein, der Brie kommt aus der Normandie, der Roquefort, wie der Name schon sagt, aus Rocquefort. Anders formuliert: Französischer Käse zu sein berührt die Identität nicht. Und was für Käse gilt, sollte in Europa auch für Bürger*innen gelten: Bürger zu sein heißt nämlich nicht in erster Linie, die gleichen Werte oder die gleiche Identität zu teilen, ebenso wenig wie die französischen Käse geschmacklich gleich sind. Sondern Bürger zu sein, auch und vor allem europäischer Bürger zu sein, heißt vor allem, trotz möglicherweise unterschiedlichen Wertvorstellungen die gleichen Rechte zu haben! Diejenigen aber, die sich in den Zustand der Rechtgleichheit begeben, begründen eine Republik.

Stefan Zweig, hat vor vielen Jahren einmal gesagt: Europa, das ist, wenn man nach Nationalität nicht mehr unterscheidet. Genau das – keine Unterscheidung nach Nationalität – müsste nach der europäischen Rechtsgleichheit für Güter und für die Währung heute auch für die europäischen Bürger*innen gelten. Der europäische Binnenmarkt ist letztlich nichts anderes Rechtsgleichheit für Güter, der Euro ist Rechtsgleichheit für Geld. Die einzigen, die keine konsequente Rechtsgleichheit in der EU genießen, sind die europäischen Bürger*innen selbst. Sie sind die verkannten Subjekte der europäischen Integration. Als sogenannte Unionsbürger, die wir zusammen in einem Binnenmarkt und – zu großen Teilen – im gleichen Währungsraum sind, sind wir innerhalb der EU eigentlich nur als Konsumenten gleich, nämlich wenn es um Apfelgrößen, Leuchtmittel, Roaming-Gebühren oder Upload-Filter geht. Wir sind als europäische Bürger*innen aber nicht gleich in dem, was Pierre Rosavallon das „Sacre du Citoyen“, das Heiligtum der Bürger nennt, nämlich in den Dingen, die das bürgerliche Dasein in seiner Essenz definieren: Wahlen, Steuern und der Zugang zu sozialen Rechten. In diesen Dingen sind wir nach wie vor in „nationale Contain-

ner“ sortiert, ja, wir konkurrieren sogar gegeneinander mit Blick auf Steuern und Sozialleistungen. Eine politische Gemeinschaft lässt sich so in Europa nie und nimmer begründen, denn Bürger konkurrieren nicht. Der Preis für die Demokratie ist laut Jürgen Habermas die Rechtsgleichheit ihrer Bürger.

Woran nun könnte man diesen Gleichheitsgrundsatz für europäische Bürger*innen in einem politischen Prozess konkret festmachen? Nun, zum Beispiel an der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung, einer europäischen Sozialversicherungsnummer oder gleich an einer europäischen ID-Card, wie sie die österreichische Pop-Gruppe ‚Bilderbuch‘ im Vorfeld der Europawahlen in ihrem Video-Clip gefordert hat. Warum sollte die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder ID-Card eigentlich komplizierter sein, als der Euro oder die Einführung einer IBAN? Welches bessere Symbol als eine europäische ID-Card könnte es eigentlich dafür geben, dass nicht nur das Geld in Europa, sondern auch die Bürger*innen überall die gleichen Rechte haben und in allen Dingen – auch bei Wahlen, Steuern & Sozialem – nicht mehr nach Nationalität unterschieden wird? Und welches bessere Mittel könnte es eigentlich geben, die inhärente Ost-West-Spaltung des europäischen Kontinentes zu überwinden, auf dem die Osteuropäer sich leider zurecht immer noch als zweite-Klasse-Europäer fühlen müssen?

Das alles muss keine Utopie bleiben. Selten wurde so viel von einem Bürgereuropa geredet, wie bei den letzten Europawahlen vom Mai 2019. Die deutschen Grünen werden die Begründung einer föderalen Europäischen Republik wohl offiziell in ihr neues Parteiprogramm aufnehmen. Inzwischen gibt es, ganz aktuell, eine offizielle Petition für die Begründung einer Europäischen Republik, die u.a. von italienischen Abgeordneten ausgeht und die demnächst dem Europäischen Parlament vorgelegt werden soll. Und, wie ich gerade gestern erfahren habe: im Rahmen unsere Balcony Projectes, in dem wir vergangenes Jahr etwa um die gleiche Zeit die Europäische Republik an vielen europäischen Orten ausgerufen haben, hat ein Künstler aus Graz, Richard Frankenberger, bereits einen Platz der Europäischen Republik entworfen und öffentlich seine Einrichtung bei der Stadtverwaltung beantragt. Das Ansinnen wurde zwar noch offiziell zurückgewiesen, aber wer weiß, vielleicht gibt es am 9. Mai 2049, 100 Jahre nach

dem Ende des zweiten Weltkrieges, ganz viele Plätze der Europäischen Republik? Der Vorteil ist, dass es de facto fast in allen europäischen Städten heute schon einen Platz der Republik gibt. Man müsste nur noch Europa davor schreiben, es wäre also städtebaulich sogar ganz einfach. (Im März erscheint übrigens – sorry für diese kleine Werbeeinlage - auf der Buchmesse Leipzig der Katalog über das Kunstprojekt der Republik-Ausrufung und wir suchen noch Subskriptionen).

In der ganz realen Welt ist also vielleicht gerade jetzt, aber wirklich genau jetzt der Moment, in dem wir das Ruder für Europa noch einmal herumreißen können, in dem wir den Populisten und Nationalisten das Wasser abgraben können, wenn wir nur ein klares, gemeinsames Ziel für Europa entwickeln, und zwar eben ein Ziel, dass alle Europäer*innen direkt und persönlich anspricht wie z.B. ein europäisches ID: In Italien hat durch geschicktes Handeln des Präsidenten wieder eine bürgerliche Regierung das Sagen; die nächste österreichische Regierung scheint sich im Zentrum anzusiedeln zu wollen; es gibt Hoffnungen, dass der Brexit-Deal nach den anstehenden Wahlen doch noch in letzter Minute abgewendet werden kann. Portugal ist stabilisiert, Nicola Sturgeon, die schottische Premierministerin, will auf jeden Fall in Europa bleiben, die Katalanen liebäugeln mit der Idee einer Europäischen Republik, in Ungarn sind nach den Kommunalwahlen viele Städte nicht mehr in der Hand von Fides. Das alles sind die politischen Gegenbewegungen zu den Eingangs aufgezählten Schreckensnachrichten. Die buchstäbliche Schlacht um Europa wird gerade geschlagen, und ob wir Europa verlieren oder gewinnen, entscheidet diese Zeitgenossenschaft, entscheiden letztlich wir, meine Damen und Herren! Wann, wenn nicht jetzt, gälte es, einen neuen, mutigen Anlauf für ein neues, anderes Europa, un altro Europa, une autre Europe zu nehmen, von dem so viele träumen? Es geht doch!? Aber es ist zu schwer, sagen Sie? Cancel the but, wäre mein Vorschlag. Streichen Wir das Aber! Und erinnern wir uns daran: die Euro-Einführung, die wir nicht missen wollen, war auch kein Pony-Ritt.

Kurz: bauen wir eine europäische Demokratie so, wie unsere nationalen Demokratien funktionieren: es gilt in Europa der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz für alle europäischen Bürger*innen und das Prinzip der Gewaltenteilung. Es gibt in Europa einen Markt, eine Währung und

eine Demokratie, wir sind alle europäische Staatsbürger gleichen Rechts, jeder in seiner Region, jeder in seiner Heimat, und niemand verliert dabei seine Identität. Brie bleibt Brie, und Rocqufort bleibt Rocfort und steirischer Heumilchkäse bleibt steirischer Heumilchkäse. Aber alle schlüpfen unter das Dach einer Europäischen Republik. Würden wir es machen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich garantiere Ihnen: 2045 würde sich niemand mehr daran erinnern können, dass es früher einmal anders war, dass das Arbeitslosengeld einmal österreichisch war, bevor es europäisch wurde; dass man ein österreichisches, deutsches, polnisches oder finnisches ID hatte, bevor es eine einheitliche europäische ID-Card gab. Ganz so wie sich kaum noch jemand daran erinnern kann, dass früher Schilling aus den Geldautomaten gekommen sind....

Das hieße für mich, Europa einfach machen oder einfach Europa machen. Und ich bin überzeugt: würden wir es alle wirklich wollen, es wäre gar nicht so schwer. Wir bräuchten „nur“ einen Vertrag, dass z.B. zum 1. Januar 2030 auf eine europäische Sozialversicherungsnummer umgestellt wird. Wir könnten das sogar bestandsneutral machen, also nur für die nach dem 1. Januar 2030 Geborenen. Sukzessive würden wir eine nachfolgende europäische Generation in den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz für alle europäischen Bürger*innen hineinsozialisieren, so wie die heute Lebenden in den gemeinsamen Markt und den Euro hineinsozialisiert haben. 2048, bei Volljährigkeit der nach 2030 Geborenen, hätten wir eine neue, die erste Generation europäischer Staatsbürger*innen mit gleichen Rechten. Ist das so utopisch? Die Europäische Republik wäre ein europäischer Solidarverband, getragen von starken, gleichgroßen europäischen Regionen, die sich in einem europäischen Senat organisieren und der unmittelbare Mittler zwischen Bürger*in und Europa wären.

Und damit bin ich eigentlich schon am Ende, und an dieser Stelle möchte ich, da ich nun schon einmal in Salzburg bin - einer Stadt mit vielen Dirigenten - einen Wunsch formulieren, denn leider verstehe ich nicht sehr viel von Musik, bin nur passionierte Laiin ohne Expertise. Aber es bräuchte dafür ein europäisches Orchester! Und einen modernen europäischen Dirigenten, wie z.B. den Griechen Teodor Currentzis (einen griechischen Dirigenten würden doch sicher die Deutschen sehr mögen, oder?); oder auch eine moderne Dirigentin, wie etwa die Kanadierin Barbara Haniman, denn

Kanada – oder zumindest le Québec libre – gehören kulturell ja auch fast zu Europa.

Es geht ja nicht darum, wie immer fälschlicherweise gesagt wird, dass Europa mit einer Stimme spricht: um Gottes Willen! Stellen Sie sich einen Chor mit einer Stimme vor! Nein, es geht darum, dass ein europäisches Sinfonie-Orchester zum Erklingen kommt, in dem es zwar eine Partitur, aber - wie bei modernen Komposition üblich - auch immer genug Raum für Improvisation gibt, ein moderner Klangraum, in dem alle Instrumente zu hören, aber keines dominant ist und alle spielerisch aufeinander ausgerichtet sind. In dem die Geigen, die ersten und die zweiten, zu hören sind, aber nicht den Ton angeben. In dem die Celli und die Bratschen die Kontrapunkte setzen. In dem die Bläser die Hörner sich Gehör verschaffen, ohne die anderen zu übertönen. Und die Klarinette, das Fagott oder die Oboe und stets jene munteren Einlagen bringen, die wir von ihnen erwarten.

Das, meine Damen und Herren, wäre mein Bild von Europa, das in Vielfalt geeint ist, ein Europa als Sinfonieorchester, das der gleichen Partitur folgt und in dem durch Zuhören und gefühlvolles Aufeinander-Einlassen der Musiker – nicht durch Taktstock-Klopfen - stets eine neue Sinfonie oder Einspielung entsteht, eine musikalische Agora gleichsam. Ein Europa, in dem – wie in jedem guten Orchester - nicht jeder eine Extra-Nummer vollführen möchte, nicht jeder etwas Besseres sein will, den anderen übertrumpfen oder seine nationale Identität vorführen möchte, sondern in dem die Hingabe an das Ganze die Schönheit ausmacht.

Auch unter Orchestern gibt es dafür Vorbilder und jetzt mache ich noch ein Bekenntnis: ich hatte einmal eine Affäre mit dem Harvey Seifter, dem damaligen Leiter des New Yorker Orpheus Chamber Orchester, es ist lange her. Die Spezialität des Orpheus Chamber Orchester war es, ohne Dirigenten auszukommen. Keine hat den Takt vorgegeben, die Musiker haben die Partituren selbst einstudiert, und alles ausdiskutiert, das Tempo, die Betonung, die Interpretation der Instrumente, den Einsatz. Ich habe immer noch eine CD mit den Stravinskys String Concertos und sie ist wunderschön. Aber ich habe auch in Erinnerung, wie anstrengend – vor alle: wie langwierig – die Proben waren. Harvey war meistens entnervt. Trotzdem könnte das Orpheus Chamber Orchester vielleicht ein Template für das europäische Orchester werden, das mir vorschwebt.

Wir müssten dann, übertragen auf Europa, weniger reden und diskutieren und streiten und auf unseren jeweiligen Vorstellungen beharren. Sondern mehr zusammen üben. Und zwar trotz unterschiedlicher Vorstellungen zusammen üben, so wie es beim Orpheus Chamber Orchester auch war, wenn man sich über einen Takt eben nicht einigen konnte. Aber irgendwann gab es dann immer eine Deadline für ein Konzert, eine Aufführung, da musste einfach Einigkeit über einen Takt, eine Sequenz erzielt werden, denn keiner wollte sich auf der Bühne blamieren. Europa braucht also eine Deadline – 2030, wie vorgeschlagen – um mit dem Üben zu beginnen. Dann könnten wir in Europa – trotz unterschiedlicher Vorstellungen – anfangen zu üben, nämlich die europäische Sozialversicherungsnummer, die europäische Bankenunion, ein europäisches ID, das alles einüben, bis es uns so selbstverständlich und flüssig über die Lippen kommt wie eine gut einstudierte Partitur.

Das überragende Thema dieser europäischen Partitur müsste der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz für alle europäischen Bürger*innen sein, um den herum es natürlich Variationen und Improvisationen geben kann, auf den sich aber alle gesellschaftlichen Teile verpflichten. Denn wir teilen bereits das gleiche Geld. Eine europäische Sozialversicherungsnummer wäre nur die logische Konsequenz, es ist im Grunde eine strukturelle und damit eine apolitische Forderung, die europaweit parteiübergreifend vorgebracht werden könnte. Alle Teile der Gesellschaft, das hieße, von der Industriellenvereinigung bis zur Arbeiterkammer, von der SPÖ über Grüne und NEOS bis hin zur ÖVP, jung und alt, die Akademiker, die Gewerbetreibende und die Landwirte, Kirchen und Fußballverbände, Zivilgesellschaft und politisch Desinteressierten auf diesen einen Grundsatz, diese eine Partitur – nämlich gleiches Recht für alle europäischen Bürger*innen - zu verpflichten, in Österreich und darüber hinaus, so dass die Europäische Republik buchstäblich zu einer „konzertierten Aktion“ würde. Ich bin überzeugt, es klänge sehr schön und würde zu einem wahrlich beeindruckenden Klangkörper!

Ich habe diese Rede zu weiten Teilen geschrieben mit Kopfhörern auf den Ohren auf meinen letzten Intercity-Reisen und damit die Faust-Oper von Charles Gounod gehört, dabei immer wieder das pompöse Finale, Avec une brise légère, mit leichter Brise. Und so stelle ich mir die europäische

Republikwerdung in den nächsten Jahren vor: mit leichter Brise, anschwellendem Gesang, frisch und lustvoll, schwingen wir uns als europäische Bürger*innen in den Zustand der Rechtsgleichheit und vollenden mit einem pompösen Finale das europäische Einigungswerk im 21. Jahrhundert, in dem wir uns als Europäer*innen das „Sacre du Citoyen“, die Krönung des Bürgertums, nämlich den Zustand der Rechtsgleichheit erobern. Wer - außer unsere eigenen Phantasie- und Mutlosigkeit – sollte uns eigentlich daran hindern? Die Populisten doch im Leben nicht....

Und so würde ich mich freuen, wenn ich Sie hier und heute alle hier vor Ort davon überzeugt hätte, wenn ich Ihre intellektuelle, emotionale und vielleicht sogar ihre finanzielle Unterstützung gewonnen hätte, z.B. für mein kleines Institut, das European Democracy Lab, an dem viele, viele junge Studierende schon längst sehr konkret an der Europäischen Republik bauen; wenn es mir also gelungen wäre, aus dieser Preisverleihung, dieser Gelegenheit zur öffentlichen Rede den Beginn einer großen Sammlungsbe-
wegung für die Europäischen Republik zu machen, die immer mehr Kreise zieht und die wir dringend als Angebot für ein demokratisches und soziales Europa brauchen! Vive la République Européenne....

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

List der bisherigen Trägerinnen und Träger des Landespreises für Zukunftsforschung

Der Preis wurde 1993 erstmals an Robert Jungk anlässlich seines 80. Geburtstags verliehen. Jungk, der sich nach 1945 schrittweise der Zukunftsforschung zuwandte, mit Entwicklung der Methode der „Zukunftswerksäten“ einen entscheidenden Beitrag Etablierung einer sozialen Zukunftsforschung geleistet hatte und diese auch mit der Gründung der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen institutionell stärkte, womit er die Debatten über mögliche und wünschenswerte Zukünfte vorantrieb, wurde so für sein Lebenswerk geehrt.

1996 ging der Preis an Dorothee Sölle, eine deutsche evangelische Theologin und Dichterin. Sie versuchte mit ihrer Arbeit, Leid, Armut, Benachteiligung und Unterdrückung mit theologischen Argumenten aufzuarbeiten. Politisch war sie gemeinsam mit Robert Jungk in der Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegung engagiert. Sie war eine ebenso dezente wie unüberhörbare, auch anklagende Stimme des konstruktiven Zweifels, den sie wie einen Stachel in das dumpfe Gewissen der Mächtigen und Trägen – unser aller Gewissen also – zu treiben vermochte. (ProZukunft 2/1996)

1999 wurde Jakob von Uexküll ausgezeichnet. Als Begründer des „Alternativen Nobelpreises“, der 1986 auch Robert Jungk zuerkannt wurde, und durch die Konzeption eines Rates der Völker für eine Globale Nachhaltigkeit hat Jakob von Uexküll wesentliche Impulse zu einer sozial und ökologisch tragfähigen Zukunft geleistet.

2002 ging der Preis an Luise Gubitzer. Sie thematisierte in ihrer wissenschaftlichen Arbeit zentrale Problemfelder unserer Gesellschaft – von der Zukunft der Arbeit und der Sozialsysteme in hochentwickelten Ökonomien bis hin zur weltweiten Armutsbekämpfung unter dem Blickwinkel einer humanen, global zukunftsfähigen Entwicklung. Ihr Wissenschaftsstil zeichnet

sich durch die Verbindung der Wirtschaftswissenschaften mit sozialwissenschaftlichen Belangen und gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven aus.

2005 wurde Franz Josef Radermacher ausgewählt. Er ist nicht nur ein Vorzeigewissenschaftler der Bereiche Mathematik und Wirtschaft, in zahlreichen Institutionen verankert und Autor von mehr als 200 wissenschaftlichen Arbeiten aus den Bereichen angewandte Mathematik, Operations Research, angewandte Informatik, Systemtheorie, Technikfolgenforschung, Ethik und Philosophie, sondern auch der ‚Vater‘ der „Global Marshall Plan“ Initiative.

2008 wurde der Landespreis an Jean Ziegler verliehen. Mit Jean Ziegler wurde eine Persönlichkeit geehrt, die sich unermüdlich für die Schwächsten der Erde, die Hungernden, einsetzt. Der Preisträger erinnert in seinem publizistischen Schaffen daran, dass Hunger kein Schicksal ist, sondern gemacht wird und durch eine verantwortungsvolle Politik und ein anderes Wirtschaften überwunden werden kann.

2011 fiel die Entscheidung zugunsten von Marianne Gronemeyer aus. Marianne Gronemeyer gilt als Kritikerin der modernen Konsumgesellschaft sowie der Versäumnisangst des modernen Menschen. Sie ist bekannt durch Bücher wie „Das Leben als letzte Gelegenheit“ oder „Genug ist genug. Die Kunst des Aufhörens“. Als gefragte Vortragende sieht sie ihre Aufgabe darin, scheinbar selbstverständliche Gewissheiten zu hinterfragen, zum Nachdenken anzuregen und zu provozieren.

2013 – in diesem Jahr wurde der Preis aus Anlass des 100. Geburtstags von Robert Jungk vergeben – entschied man sich für Elmar Altvater. Elmar Altvater lehrte mehr als vier Jahrzehnte lang am Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Der Intellektuelle zählte zu den führenden Wissenschaftlern in Deutschland, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Ökologie und Wirtschaft sowie mit den Folgen der Globalisierung der Güter- und Finanzmärkte auseinandersetzen.

2016 erhielt der koreanisch-deutsche Philosoph und Kulturwissenschaftler Byung-Chul Han den Landespreis für Zukunftsforschung. In Publikationen wie „Müdigkeitsgesellschaft“, „Transparenzgesellschaft“, „Psychopolitik“ oder „Die Austreibung des Anderen“ stellt er zentrale Fragen nach der Gefährdung von Freiheit und Demokratie, dem Versagen der Politik im Wettstreit mit anderen Machtgruppen, der technologischen Vereinnahmung des Menschen und der Unterwerfung unter das Diktat des Ökonomismus. Damit wurde eine Persönlichkeit gewürdigt, die dem Nachdenken über Grundsatzfragen unserer Gesellschaft und Wirtschaft gebührend Aufmerksamkeit schenkt.

2019 wurde die Politikwissenschaftlerin und Europavordenkerin Ulrike Guérot mit dem Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung geehrt. Ulrike Guérot lehrt an der Donauuniversität Krems und leitet dort das Department für Europapolitik und Demokratieforschung. Sie ist Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Vereinigungen zum Thema Europa. Große Wirkung geht von ihren breit rezipierten Büchern aus. 2019 erschienen ihre Essays „Was ist die Nation?“ und „Wie hältst du es mit Europa?“. Breit wahrgenommen wurde auch ihr Buch „Warum Europa eine Republik werden muss. Eine politische Utopie“ (2016) sowie „Der neue Bürgerkrieg – das offene Europa und seine Feinde“ (2017).